

Altenberge, 26. Februar 2024

Haushaltsrede – Sprecherteam Bündnis 90/Die GRÜNEN

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Karl,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
liebe Altenbergerinnen und Altenberger!

Zum vierten Mal sind wir aufgefordert, in unserer Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf Stellung zu nehmen und wir müssen feststellen, dass Krisen zur Normalität zu werden scheinen. Sie haben sich seit der letzten Kommunalwahl mit Wucht in die Sitzungen gedrängt und sind geblieben: Corona, Inflation, Zins- und Preissteigerungen, Klimakatastrophe, Flüchtlingszuwachs und Fachkräftemangel. Immer noch macht uns der seit zwei Jahren anhaltenden Krieg Russlands gegen die Ukraine fassungslos.

Die Krisen gehen einher mit Ängsten um Sicherheit, um die eigene Zukunft, um die unserer Kinder, um den Arbeitsplatz, um wirtschaftliche Stabilität. Kurz: mit Existenzängsten.

Der Terroranschlag der Hamas auf israelische Zivilisten mit all seinen Folgen für das Land und auch für die Palästinenser erschüttert uns ebenso. Unvorstellbares Leid.

Und seit neuestem muss man leider auch die nicht mehr nur latente Gefahr von Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Umsturzfantasien hinzunehmen.

Da ist es schwierig, die richtigen Worte zu finden und sich dem politischen Alltag vor Ort mit seinen vielfältigen Herausforderungen zu widmen.

Erfreulicherweise war es selbstverständlich, dass wir als Rat eindeutig unsere Solidarität zu Israel bekunden und uns dem Antisemitismus entschieden auf allen Eben entgegenstellen.

Wozu die Gesellschaft in der Lage ist, wie wichtig ihr Demokratie und Menschenrechte sind, zeigen die Demonstrationen *für* Demokratie und gegen Rechtsextremismus allerorts, auch hier in Altenberge.

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien sehen wir es als unsere Aufgabe, das Vertrauen in unsere Demokratie wieder zu stärken.

Das beginnt auch hier bei uns in unseren Gremien. Wir senden als Kommune, dem Ort, an dem politisches Handeln direkt erlebbar ist, ein deutliches Zeichen der Verlässlichkeit auch in Zeiten, die von multiplen Krisen geprägt sind.

Es geht darum, auch in der Krise gemeinsam die Zukunft zu gestalten, die Herausforderungen anzugehen und mit Vernunft, Weitsicht, Augenmaß, Mut und Zuversicht Entscheidungen zu treffen.

Nun, sehr verehrte Damen und Herren, etwas konkreter zum Haushaltsentwurf 2024

Altenberge ist eine einkommensstarke Gemeinde, die Steuereinnahmen sind konstant gut.

Alle Kommunen im Kreis Steinfurt werden in diesem Haushaltsjahr wieder deutlich mehr belastet, da u.a. die Kreisumlage und Jugendamtszuschule, die an den Kreis Steinfurt fließen, erneut angehoben worden sind.

Das Problem sind also nicht die Höhe der Ausgaben oder mangelnde Einnahmen, sondern das Auffressen der Einnahmen durch diese Transferleistungen. Altenberge kann – wie fast ausnahmslos alle Kreisgemeinden – die Verwaltungstätigkeiten nicht mehr durch seine Einnahmen decken.

Der Kämmerer hat zudem verdeutlicht, dass neben den oben beschriebenen Krisen mit den Folgen hoher Energiekosten, Inflation und steigenden Zinsen immer mehr Aufgaben auf uns als Kommune zukommen, die von Bund und Land nicht ausreichend gegenfinanziert werden. Als ein Beispiel sei die Förderung der offenen Ganztagsbetreuung genannt. Hohe Zuschüsse der Gemeinde sind notwendig, um eine qualitativ angemessene Betreuung für die Kinder sicherzustellen.

Bei der Berechnung der Steuerkraft, die maßgeblich für die genannten Umlagen ist, werden die fiktiven Sätze 2024 zugrunde gelegt.

Wenn es ein deutliches Defizit im Haushalt gibt, wäre es unvernünftig und Augenwischerei, die Steuern nicht entsprechend anzuheben.

Wir halten daher den Vorschlag des Kämmerers, die Steuern auf die fiktiven Sätze des Jahres 2023 anzuheben, für sinnvoll und angemessen.

Die Steuererhöhung ist im Gesamtgefüge moderat und noch weit unter dem Durchschnitt der anderen Kommunen im Kreis – aus unserer Sicht für alle erträglich und zumutbar.

Dazu drei Zahlen:

1. Altenberge bewegt sich damit immer noch bei allen Steuern zwischen Platz 4 und 6 der niedrigsten Hebesätze von 24 Gemeinden im Kreis.
2. Grundsteuer A: Fast 200 der 450 Betroffenen zahlen unter 10 Euro mehr im Jahr, weitere 100 Betroffene zahlen weniger als 50 Euro im Jahr.
3. Grundsteuer B: Knapp 3.200 der gut 3.700 Objekte müssen mit weniger als 100 Euro Mehrbelastung rechnen.

Das zeigt deutlich, von welchen geringen finanziellen Dimensionen wir hier sprechen.

Die Steuererhöhungen sichern Altenberge einen Handlungsspielraum bei den freiwilligen Leistungen, die dem Gemeinwohl dienen. Alle profitieren, alle leisten aber auch ihren Anteil.

Steuererhöhungen sind aber nur eine Seite der Medaille. Die andere ist es, Einsparpotenziale zu ermitteln und zu nutzen.

In den Haushaltsberatungen galt es dabei, die Balance zu wahren und genau abzuwägen, was verschiebbar oder gar verzichtbar ist und welche Investitionen auch angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen notwendig und verantwortbar sind – denn manches, was nun unterlassen würde, kommt später teurer zu stehen. Gleichzeitig mussten die sog. freiwilligen Ausgaben an Vereine aus Sport, Soziales, Bildung und Kultur gesichert werden, hier zu kürzen, wäre fatal und würde Strukturen angreifen, die irreparabel sind.

Von Beginn an haben sich alle Fraktionen klar positioniert: Die Kürzung der freiwilligen Leistungen für diesen Bereich kommt nicht in Frage.

Völlig unverständlich und kontraproduktiv war – und da wiederholen wir uns gerne – in diesem Zusammenhang das Verhalten der CDU, die Liste der freiwilligen Leistungen trotz besseren Wissens als Streichliste parteipolitisch zu vermarkten und ein Risiko für Vereine, Institutionen, Feuerwehr, OGS, Musikschule, Familienbündnis und Co. herbeizureden, das niemals auch nur im Ansatz bestand. Und da spielt es keine Rolle, ob und wo das Wort Streichliste benutzt wird. Das ist unlauter und unredlich. Angst und Unmut zu säen, wo es keinen Grund gibt, ist nicht nur falsch, sondern schädlich. Der Beitrag fördert grundlos Populismus und Stammtischmentalität.

Der nun vorgelegte Haushalt 2024 mit einem Minus von knapp 2,5 Millionen Euro ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von Verwaltung und Fraktionen an den einzelnen Haushaltsposten. Wir haben auf der Ausgabenseite gemeinsam – wenn auch mit unterschiedlichen Priorisierungen – den ursprünglichen Ansatz um fast 1 Million Euro reduziert. Auf der Gegenseite haben wir kurzfristige, notwendige Mehrausgaben beschlossen, die dem entgegenstehen, u.a. Personalkosten für Familienbündnis und Kulturwerkstatt, für die Umsetzung des seniorenpolitischen Konzepts, für die Ausstattung des Bauhofs und nicht zuletzt für die für uns nicht absehbare, aber dringend erforderliche Ertüchtigung des Feuerwehrgerätehauses. Und für die perspektivische Entwicklung des Johannesschulareals.

Auch wir GRÜNEN mussten von erkämpften und erreichten Maßnahmen Abstand nehmen – Fördervolumen reduzieren oder streichen, Maßnahmen aussetzen, Ideen hintenanstellen. In den Bereichen Klima- und Umweltschutz, die wesentliche Teile unserer politischen DNA sind, schmerzt das besonders.

Und es schmerzt vor allem daher, weil Klima- und Umweltpolitik ein zwingend erforderlicher Politikteil ist und fest verankernd sein muss bei allen Entscheidungen – auch auf der Lokalebene.

2023 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Weltweit lag es erstmals beinahe 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Durchschnitt – der Grenze in der Klimakrise, die die Staaten der Welt einst versprochen hatten, nicht überschreiten zu wollen. Die Folgen: Hitze, Feuer und Fluten. Die Auswirkungen spüren auch wir hier vor Ort mit zunehmenden Sturm- und

Starkregenereignissen, wie wir am Wochenende auch dem Bericht der Feuerwehr entnehmen konnten.

Alle Anstrengungen, dem entgegenzutreten, müssen konsequent weiterverfolgt werden, das bedeutet, erneuerbare Energien nutzen und fördern, wo immer es geht, Immissionen vermeiden, zukunftsfähige Standards setzen, Klimaanpassungsmaßnahmen immer mitdenken.

Die Klimakrise verlangsamt sich nicht bei schlechter Haushaltslage. Wir sind auf einem guten Weg und dürfen bei unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Klimapolitik basiert auf klimawissenschaftlichen Fakten und ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Aussagen von CDU-Ratsmitgliedern, „Klimaschutz sei Ideologie“ machen uns angesichts der Fakten fassungslos. Klimaschutz als Ideologie zu bezeichnen, nutzt den Begriff als politischen Kampfbegriff, um den politischen Gegner zu diskreditieren.

Ähnlich verstörend auch die Idee der FDP, Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klima- und Umweltschutz in Gänze streichen zu wollen.

Apropos FDP? Sie ist sich nach der letzten Hauptausschusssitzung und den genannten Einsparungen nicht zu schade, unmittelbar vor der heutigen Sitzung zu rufen „Steuererhöhungen – wir sind dagegen“. Das ist ok und kann man so vertreten. Was Euch dann aber geritten hat, zu ergänzen, „die Gemeinde muss an anderen Stellen sparen“, um die durch die Steuermehreinnahmen erzielten 500.000 Euro zu kompensieren, ist pure Polemik und reine Augenwischerei.

Noch ein kurzer Blick auf die Einnahmeseite:

Die oft beklagten fehlenden Einnahmen kommen. Das Rönenthal ist unter den schwierigen Vorzeichen fast vermarktet. Der Bahnhofshügel ist nach einem langen Verfahrensvorlauf der Bauleitplanung sowie schwierigen Grundstücksgeschäften auf dem Weg. In diesem Jahr beginnt die Erschließung.

Mit Rönenthal und Bahnhofshügel ist auch bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen endlich in „Sichtweite“. Wohnraum für Jung, Alt, Singles und Familien. Für Feuerwehr, Pflegekräfte und Fachpersonal entsteht im Rönenthal und künftig auch am Bahnhofshügel Wohnraum auf differenziert vergebenen Grundstücken.

Die Teilveräußerung des Areals Sümpelmann ist angestoßen. Hier war immer klar, dass wir aufgrund bestehender Verträge kaum Möglichkeiten eines früheren Zugriffs haben werden.

Und wer den schleppenden Verkauf von Gewerbeflächen bemängelt, der sei einmal auf die Widersprüchlichkeiten hingewiesen: Ich kann nicht, liebe CDU, auf der einen Seite Entwicklungsmöglichkeiten und Vermarktung für Altenberger Unternehmen fordern und diese dann zugleich – im Angesicht der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – permanent unter Druck setzen wollen, und zwar im vollen Bewusstsein, dass die Verwaltung momentan hier nicht anders agieren kann – im Interesse der Altenberger Unternehmen und im Interesse Altenberges.

Im vergangenen Jahr wurden bereits finanziell vertretbare und sinnvolle Zukunftsinvestitionen beschlossen, u.a. der Schul- und Rathausneubau. Der Schulneubau ist inzwischen auf einem sehr guten Weg, der Baufortschritt ist erkennbar, die Kosten bleiben im Rahmen und der Zeitplan steht. Die Eröffnung ist für das Schuljahr 2025/26 geplant.

Angesichts der Anforderungen an eine zukunftsfähige Schule, um den neuen pädagogischen Bedarfen gerecht zu werden – vor allem denen der Ganztagsbetreuung und der inklusiven Beschulung – war der begangene Weg für uns immer alternativlos.

Wir als Grünen-Fraktion sind froh, beharrlich daran festgehalten zu haben ein zukunftsfähiges Konzept mit entsprechender räumlicher Ausstattung auf den Weg zu bringen und nicht Teillösungen in Betracht zu ziehen.

Das Fazit des Schulentwicklungsplans, die Raumausstattung der neuen Grundschule sei „exzellent“ macht deutlich, dass wir den richtigen Weg beschritten haben. Eine gute Investition in die Zukunft unserer Kinder und ein Aushängeschild für eine Gemeinde, die kinderreicher ist als der Kreis- oder der Landesdurchschnitt und weiterhin für junge Familien bevorzugter Lebensort sein möchte.

Der Rathausneubau – der Grundsatzbeschluss (vorbehaltlich der Förderung) ist gefasst – wird zügig nicht nur das Ortsbild deutlich zum Besseren verändern, er wird vor allem bessere Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der Gemeinde schaffen, die dringend erforderlich sind: Es zieht an allen Ecken und Winkeln des Gebäudes, es regnet rein, es ist schadstoffbelastet, es ist beengt oder klarer: zu klein. Fehlende Barrierefreiheit kommt noch obendrauf. Eine Zumutung als Arbeitsort und kein Arbeitsort, mit dem man Fachpersonal gewinnen kann.

Für dieses und die folgenden Jahre stehen weitere Herausforderungen an. Der Neubau einer Kita sowie eines Seniorenwohnheims am Bahnhofshügel sind ins Stocken geraten. Grund hierfür: steigende Baupreise und Fachkräftemangel. Zumindest in Sachen Kita scheint sich eine Lösung abzuzeichnen.

Und: Gerade hat die Studie zum Feuerwehrgerätehaus und die Notwendigkeit, hier in den kommenden Jahren massiv in einen unvermeidbaren Neubau zu investieren, bei allen Fraktionen richtig eingeschlagen. Der Bauhof muss dringend eine neue Fläche finden und umziehen. Sanierung Kirchstraße und Kirchplatz stehen an, Kanalsanierungen, Instandsetzungen und Gebäudeunterhaltung, die Sicherung der Kulturwerkstatt und der Jugendkreativwerkstatt und nicht zuletzt die Entwicklung des Areals Johannesschule werden ebenfalls herausfordernd.

Alle dauernden und neuen Aufgaben benötigen Menschen, die sie erledigen: Flüchtlingsunterbringung, Baumaßnahmen, Instandhaltung, Klima- und Umweltschutz, Fördertöpfe und Projektkoordination, Ausschreibungen und Co., Digitalisierung und mehr. Anforderungen und Erwartungen sind da. Diese müssen bedient werden. Der Kampf um die Köpfe ist längst in allen Verwaltungen angekommen. Die Anpassungen im Stellenplan sind daher nachvollziehbar und notwendig. Wir stimmen dem Stellenplan zu.

Trotz aller Herausforderungen müssen wir gemeinsam das Vertrauen in Politik und demokratische Prozesse stärken. Dies geht nicht, indem man sachliche Zusammenhänge bewusst verdreht oder nicht erwähnt – Stichwort Sanierungssatzung. Hier von „Enteignung und Eingriff in das Eigentum“ zu sprechen und öffentlich zu propagieren, wird das Vertrauen in Politik und sachliche Entscheidungswege infrage stellen. Ebenso wenn nahezu jedes Verwaltungshandeln

angezweifelt wird, beauftragte Konzepte und Gutachten ebenso wie die Finanzierungspläne für die Schule.

Ja, Politik hat die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren, das ist richtig. Sie braucht aber auch Vertrauen. Respektlosigkeit gegenüber dem Bürgermeister, wenn man ihn nach einer gestellten Frage nicht ausreden lässt und seine internen Vorgaben für die Kommunikationswege als „Maulkorb“ darstellt, sind ebenfalls kontraproduktiv.

Debatten und kontroverse Diskussionen gehören zur politischen Auseinandersetzung, aber es sollte um die Sache gehen und nicht darum, wer am nächsten Tag in der Zeitung steht. Gerne konträr, aber fair.

Wir möchten mit unserem Dank schließen. Wir danken sehr herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Fachbereiche für Ihre geleistete Arbeit – unter den beschriebenen, kräftezehrenden Rahmenbedingungen – für Ihre Unterstützung bei unseren Anliegen als Ratsmitglieder. Unserem Kämmerer Herrn Wolff und seinem Team sei gedankt für die Erarbeitung des Haushalts- und Stellenplans.

Wir sind optimistisch, dass Altenberge – Verwaltung und Politik, Vereine und Ehrenamt, alle Bürgerinnen und Bürger – diese schwierigen Krisenzeiten meistern wird. Denn Altenberge ist eine starke Gemeinde und Gemeinschaft.

Wir stimmen der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 zu.

Vielen Dank!

Ursula Kißling | Stefan Lammers

Fraktionssprecherteam

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN